Pressespiegel

Ausgabe: 15.06.2022

Niederrhein DGB

IG BAU stimmt Tarif-Einigung zu – Mehr Geld für 700 000 Beschäftigte in der Gebäudereinigung

Der Weg für höhere Löhne in der Gebäudereinigung ist frei: Ab Oktober steigen die Einkommen der bundesweit rund 700 000 Beschäftigten der Branche kräftig. Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hat der Tarif-Einigung mit den Arbeitgebern vor Ablauf der Erklärungsfrist an diesem Mittwoch (15. Juni) zugestimmt – der zugleich der "Tag der Gebäudereinigung" ist.

Das entsprechende Votum der Bundestarifkommission fiel einstimmig aus, teilt die Gewerkschaft in Frankfurt am Main mit. Der Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks (BIV) hatte dem Kompromiss bereits zugestimmt.

Der Tarifabschluss sieht vor, dass der Einstiegsverdienst in der Branche zum Oktober auf 13 Euro pro Stunde steigt – 12,6 Prozent mehr als bislang. Reinigungskräfte verdienen damit weiterhin deutlich mehr als den gesetzlichen Mindestlohn. Wer in der Glas- und Fassadenreinigung arbeitet, kommt ab Herbst auf einen Stundenlohn von 16,20 Euro (plus 9,4 Prozent). "Ob in Kliniken, Schulen oder Büros – alle erwarten, dass es sauber ist. Der Wert dieser wichtigen und anstrengenden Arbeit ist in der Corona-Pandemie noch deutlicher geworden. Es ist richtig, dass die Beschäftigten dafür mehr bekommen als das gesetzliche Minimum. Mit dem Lohn-Plus bleibt die Gebäudereinigung auch für dringend gesuchte Fachkräfte attraktiv", sagt IG BAU-Bundesvorstandsmitglied Ulrike Laux. Das Tarifergebnis sei innerhalb der Gewerkschaft auf große Zustimmung gestoßen. Die Bundestarifkommission des Gebäudereiniger-Handwerks habe das "starke Einkommensplus", das weit oberhalb der derzeitigen Rekordinflation liege, begrüßt.

Nach dem Tarifvertrag steigen die Einkommen in allen Lohngruppen im Januar 2024 erneut. Der unterste Stundenlohn klettert dann auf 13,50 Euro. In der Glas- und Fassadenreinigung werden dann 16,70 Euro pro Stunde gezahlt. Beide Löhne sind sogenannte Branchenmindestlöhne, die nach dem Willen von Gewerkschaft und Arbeitgebern weiterhin verpflichtend für alle Unternehmen in der Gebäudereinigung gelten sollen. Zudem erhöhen sich bis 2024 die Azubi-Einkommen – auf 900 Euro im ersten, 1035 Euro im zweiten und 1200 Euro im dritten Ausbildungsjahr. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2024.

Die Gebäudereinigung ist mit ihren bundesweit rund 700 000 Arbeitnehmern die beschäftigungsstärkste Sparte im deutschen Handwerk. Nach Information der IG BAU arbeiten 500 000 von ihnen, ein Großteil Frauen, zum Branchenmindestlohn. Vor dem Hintergrund der geplanten Mindestlohnerhöhung auf 12 Euro pro Stunde hatte die Gewerkschaft die Arbeitgeber zu Verhandlungen aufgefordert. Eine Einigung wurde in der zweiten Verhandlung am 2. Juni erzielt.

Der "Tag der Gebäudereinigung" am 15. Juni erinnert an einen Streik von Reinigungskräften in Century City, einem Geschäftsviertel von Los Angeles, bei dem am 15. Juni 1990 die Streikenden brutal von der Polizei zusammengeschlagen wurden. Die Polizei musste nach einem Gerichtsverfahren schließlich 3,5 Millionen Dollar an die amerikanische Reiniger-Gewerkschaft zahlen. Der Streik führte schließlich zu einer Lohnerhöhung von 25 Prozent und zur Einführung einer betrieblichen Krankenversicherung. Dieser Vorfall markiert einen Wendepunkt in der Kampagne "Justice for Janitors". Der Jahrestag wird seitdem international als "Justice-for-Janitors-Day"", in Deutschland als "Tag der Gebäudereinigung", begangen.

Pressespiegel

Ausgabe: 15.06.2022

Niederrhein DGB

620 Wohnungen in einem Jahr

(RPN) In der Stadt Duisburg wurden im vergangenen Jahr insgesamt 620 neue Wohnungen gebaut. Das teilt die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) unter Berufung auf aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes in dieser Woche mit.

Danach flossen in den Neubau von Immobilien Investitionen in Höhe von rund 169 Millionen Euro. „Zusätzliche Wohnungen sind ein wichtiger Beitrag gegen steigende Mieten. Wichtig ist dabei das bezahlbare Segment. Und es kommt darauf an, dass im sozialen Wohnungsbau noch mehr getan wird", sagt Karina Pfau, Bezirksvorsitzende der IG BAU Duisburg-Niederrhein.

2021 sind laut Statistik bundesweit 293.400 neue Wohnungen entstanden – das sind 4,2 Prozent weniger als noch im Vorjahr. Doch knappe Baumaterialien, steigende Energiepreise, die hohe Inflation und steigende Bauzinsen erschweren derzeit den Neubau, so die Gewerkschaft. Hinzu käme außerdem auch ein hoher Fachkräftebedarf, der nicht immer gedeckt werden könne, heißt es.

Um vor allem „den lahmenden Bau von Sozialwohnungen voranzubringen", schlägt die Gewerkschaft ein „Sonderpaket sozialer Wohnungsbau" vor. Die Mehrwertsteuer auf Sozialwohnungen solle von 19 auf sieben Prozent abgesenkt werden. Auch das Baurecht müsse vereinfacht werden, lautet die Forderung.

RP Duisburg

1150 Wohnungen wurden 2021 im Kreis Kleve gebaut

Die Gewerkschaft IG Bau Niederrhein sieht insbesondere die Politik in der Pflicht, für mehr Sozialwohnungen zu sorgen.

KREIS KLEVE (RP) Vom Eigenheim bis zum Mehrfamilienhaus: Im Kreis Kleve wurden im vergangenen Jahr 1150 neue Wohnungen gebaut. Das teilt die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG Bau) unter Berufung auf aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes mit. Demnach flossen in den Neubau Investitionen in Höhe von rund 290 Millionen Euro.

„Zusätzliche Wohnungen sind ein wichtiger Beitrag gegen steigende Mieten. Wichtig ist dabei das bezahlbare Segment. Und es kommt vor allem darauf an, dass im sozialen Wohnungsbau noch mehr getan wird", sagt Karina Pfau. Die Bezirksvorsitzende der IG Bau Duisburg-Niederrhein sieht insbesondere die Politik in der Pflicht. Der Wohnungsbau in der Region könne nur dann Power zeigen, wenn in Berlin und Düsseldorf die richtigen Weichen gestellt würden. „Die Bundesregierung hat 400.000 neue Wohnungen pro Jahr versprochen. Ein Viertel davon sollen Sozialwohnungen sein. Von diesem Ziel ist die Ampel-Koalition noch weit entfernt. Hier ist aber auch die Landespolitik gefordert", so Pfau.

Im vergangenen Jahr sind laut Statistik bundesweit lediglich 293.400 neue Wohnungen entstanden – 4,2 Prozent weniger als im Vorjahr. Zudem erschweren knappe Baumaterialien, steigende Energiepreise, Inflation und steigende Bauzinsen derzeit den Neubau, so die Gewerkschaft. Hinzu kämen ein hoher Fachkräftebedarf und unzureichende staatliche Förderungen.

Um vor allem „den lahmenden Bau von Sozialwohnungen voranzubringen", schlägt die IG Bau ein „Sonderpaket sozialer Wohnungsbau" vor. Die Mehrwertsteuer auf Sozialwohnungen solle von 19 auf sieben Prozent abgesenkt werden. Der Bau einer staatlich geförderten Wohnung würde nach Angaben der Gewerkschaft so um zehn Prozent günstiger. „Außerdem müssen Bund und Länder dringend das Baurecht vereinfachen. Es wird höchste Zeit, dass Genehmigungsverfahren schlanker und schneller werden. Zwischen Bauantrag und Baubeginn geht oft wertvolle Zeit verloren", betont Pfau.

IG Bau-Bezirksvorsitzende verweist auf eine enorme Chance, um zusätzlichen Wohnraum zu gewinnen: den Umbau bereits bestehender Gebäude. „Im Kreis Kleve schlummert ein großes Potenzial in der Umnutzung von Altbauten. So lassen sich bei vielen Wohngebäuden, Büro-, Geschäfts- und Parkhäusern Dachetagen aufstocken. Dazu kommt – durch mehr Homeoffice – der Umbau von Büros zu Wohnungen."

An die Adresse der heimischen Baubranche macht die Gewerkschafterin deutlich: „Viele Firmen suchen dringend Fachkräfte, um die Aufträge bewältigen zu können. Aber qualifizierte Maurer und Zimmerleute gewinnt nur, wer anständige Löhne zahlt und gute Arbeitsbedingungen bietet."

Baubeschäftigte sollten sich nicht unter Wert verkaufen und auf einer tariflichen Bezahlung bestehen, so Pfau.

RP Kleve